

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Dies Blatt enthält die amtlichen

Bekanntmachungen für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, für den

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postamtanten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Postamt Nr. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.



Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Koblenz

Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzeile 60 Pf., für auswärtige Auftragsgeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Restame u. Eingekauft die Zeile 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Mohrhammer, Bad Schandau.

Postfachkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 236

Bad Schandau, Freitag, den 8. Oktober 1920

64. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Wie aus Warschau telegraphiert wird, werden nach den Bestimmungen des Waffenstillstandes die Feindseligkeiten zwischen Rußland und Polen am 9. Oktober eingestellt.
- \* In Lissabon, Porto und in allen größeren Städten Portugals ist der Generalkrieg ausbrochen.
- \* Der italienische Arbeitsminister plant die Einführung eines technischen Parlaments für Arbeiterfragen.
- \* In Paris plant man die Wiedereinführung der Fretschkarte oder fleischloser Lage.
- \* Die Polen versuchen in Paris zu erreichen, daß die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesier nicht zur Abstimmung zugelassen werden.
- \* Die Hamburg-Amerika-Linie demotiert die Nachricht, daß das mit Nordamerika abgeschlossene Schiffsabkommen aufgehoben worden sei.
- \* Die Stärke der Postbeamten in Preußen wird in Zukunft 85 000 Mann betragen.

## Natürliche Wirtschaftsgesetze.

Mit dem ersten Oktober ist in weiten Teilen Deutschlands der Handelsverkehr mit Fleisch auch rechtlich frei geworden, nachdem er schon jahrelang sich tatsächlich weniger im amtlich geregelten, als im sogenannten Schleichhandel vollzogen hatte. Unsere Hausfrauen haben diesem Ersten mit einiger Spannung entgegen. — Nicht mit Unrecht, denn es hing für die Haushaltskosten ziemlich viel davon ab, wie die Preise für Fleisch sich jetzt gestalten. Aber die Hausfrauen waren keineswegs die einzigen, die diesen Tag mit einer gewissen Neugier erwarteten. Das gleiche war vielmehr auch bei allen Volkswirtschaftlern der Fall, denn es war ein volkswirtschaftlicher Versuch größten Maßstabes von höchster Bedeutung, der sich hier abspielte. Gewiß sind auch schon andere Waren in Deutschland und die meisten Waren in anderen Staaten von der Zwangswirtschaft frei geworden. Aber entweder — und das war bei den anderen Staaten der Fall — hatte der Schleichhandel nie solchen Umfang angenommen wie bei uns oder — so lag es in den meisten Fällen in Deutschland — es handelte sich um Waren, in denen man die Zwangswirtschaft aufhob, weil man mit einer gewissen Überverförmung des Marktes rechnete. Aber dies ist das Fleisch die erste Ware von derartig allgemeiner Wichtigkeit, in der man die Zwangswirtschaft aufhebt. Bei Kartoffeln liegen ja die Dinge anders, da bei diesen große Preisbindungen durch die Lieferverträge erfolgt sind.

Wie sind nun die Dinge in den ersten Tagen freien Fleischhandels verlaufen? Daß das Angebot nicht ganz unbedeutend war, ist verständlich, denn die Landwirte hatten in der letzten Zeit der Zwangswirtschaft mit ihren Ablieferungen, eigenartigerweise sogar mit den Verkäufen an den Schleichhandel zurückgehalten, weil sie glaubten, jetzt werde sich bei riefenhafter Nachfrage ein noch weit über den bisherigen Schleichhandelspreisen liegender Preis heraus bilden. Die Schleichhandelspreise selbst waren in den letzten Monaten nicht mehr weiter gestiegen. Denn die Verbraucher rechneten ihrerseits damit, daß beim Beginn des freien Verkehrs ungewöhnliches Angebot auf die Preise drücken werde. Keine von beiden Voraussetzungen ist eingetroffen. Somet man überhaupt von einem festen Schleichhandelspreis sprechen konnte, — er schwankte ja nach Stadt, Stadtgegend und anderen Umständen ziemlich beträchtlich, — so weit ist er auch beim Übergang in die freie Wirtschaft glattweg erhalten geblieben. Man zählt allerdings heute a. B. in den weiltlichen Außenbezirken Berlins für die einzelnen Fleischsorten bis zu einem Viertel mehr als in der Innenstadt, weil der kleinere Wettbewerb im Westen mit größerer Nachfrage glaubt rechnen zu dürfen. — Aber das war im Schleichhandel ganz ähnlich und ist überdies eine Erscheinung, die wir in unserer kranken Wirtschaft unter ähnlichen Umständen immer wieder finden. Der Preis selbst aber hält sich, wie gesagt, vollkommen im Rahmen des Schleichhandelspreises, und es besteht höchstens der eine Unterschied, daß der Schleichhändler kein Freund der Abgabe kleiner Mengen war, der Fleischer dagegen selbstverständlich auch kleinste Mengen abgibt.

Kann man sich eigentlich einen glänzenderen Beweis denken für die jetzt so oft bestrittene Behauptung, daß wirtschaftliche Gesetze stets und unter allen Umständen doch zur Wirkung kommen, daß die schärfsten Zwangsmaßnahmen das Eintreten dieser Wirkungen vielleicht hemmen aber nicht hindern können? Und gerade dieser zwingende Schluß sollte unsere wirtschaftlichen Quackalber, die ja nicht weniger zahlreich sind als die medizinischen Kurpfuscher, eigentlich küssen machen. Denn der größte Teil ihrer vielgepriesenen Rezepte geht doch von der Voraussetzung aus, daß man der Wirtschaft Gesetze aufzwingen könnte.

Die Römer hatten ein Sprüchlein, das besagte, die Natur kehre immer wieder zurück, auch wenn man sie mit der Feigabel hinauswürfe, und das ist eben auch im Zeitalter der mechanischen Seiwender und Heutrockner noch nicht anders geworden. Ob allerdings die Befürworter groß angelegter allgemeiner „Wirtschaftspläne“ das aus diesem bescheidenen Beispiel lernen werden, steht dahin. L. H.

## Ursachen der russischen Niederlagen.

Die Front in Südrußland.

Die letzten in Helsinkiors eingetroffenen russischen Zeitungen beschäftigen sich sehr eingehend mit den Ursachen der Niederlagen der russischen Heere und kommen zu dem Ergebnis, daß die Heeresleitung in der ersten Zeit der erfolgreichen Offensive die Kerntuppen der Roten-Heere in unverantwortlicher Weise in Anspruch genommen habe. Später hatten bei dem Vorgehen der Polen die Läden mit



Kosaken von geringerer Ausbildung und Zuverlässigkeit ausgefüllt werden müssen. Die auf diese Weise zusammengeführten Heeresabteilungen hätten den Polen nicht widerstehen können. In gleicher Weise sei mit den Verbänden der Artillerie verfahren worden. Sie seien in die ersten Linien vorgezogen worden, und als der Rückzug eingetreten sei, hätte die Artillerie nicht rechtzeitig zurückgebracht werden können und sei den Polen zur Beute gefallen. Nennenswerte Kämpfe finden zurzeit nur noch in Südrußland statt, wo General Wrangel im Verein mit den Ukrainern gegen die Sowjettruppen vorstößt. Wie dort die Lage ist, zeigt deutlich die Übersichtskarte.

## Russisch-polnische Waffenruhe.

Im letzten polnischen Generalstabsbericht wird gemeldet: „Gemäß der Bestimmung der Kommission des Völkerbundes, die nach Suwalki gekommen ist, hat die Oberste Heeresleitung die Einstellung der Kampfaktivität im Abschnitt von der preussischen Grenze bis Polurce östlich von Orany verfügt.“

## Trojki an seine Internierten.

In einem Funkpruch aus Moskau wendet sich Trojki an die Internierten der Roten Armee in Deutschland und entbietet ihnen seinen Gruß. Er verspricht ihnen möglichst rasche Rückkehr in die Heimat. Er versichert den Roten Soldaten, daß die große Mehrheit des von der Entente unterdrückten deutschen Volkes warm mit ihrer und ihren Bestrebungen sympathisiere.

## Das Ergebnis von Brüssel.

Übereinstimmung in allen Fragen.

Der Vorsitzende der Finanzkonferenz Ador teilte Vertretern der Presse mit, es sei in den Kommissionen Einverständnis über die Vorschläge geschaffen worden, die der Vollversammlung unterbreitet werden sollten. Man habe von Spaltungen, unersöhnlicher Haltung und unvereinbaren Vorschlägen gesprochen: nichts sei unrichtiger. Wenn Freihändler mit überzeugten Schutzöllnern verhandelten, so müsse man sagen, der beste Geist und der aufrichtigste Wunsch, zum Ziel zu gelangen, habe die Arbeiten der Ausschüsse geleitet. Die Entschlüsse seien in den vier Ausschüssen einstimmig angenommen worden. Diese Übereinstimmung habe sich nicht ohne gegenseitige Zugeständnisse erreichen lassen und nicht, ohne daß die Entschlüsse etwas an Entschiedenheit eingebüßt hätten. Andererseits dürfe man nicht vergessen, daß die Konferenz nur die Aufgabe hatte, über bestimmte Probleme den Regierungen, die aus den Arbeiten der Konferenz Vorteil ziehen sollten, Richtlinien vorzuschlagen.

## Die Sozialisierungsvorschläge.

Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat nunmehr die beiden Vorschläge der Sozialisierungskommission geprüft. Beide Vorschläge entsprechen nicht den Hauptforderungen, daß nämlich durch sie die Hebung der Förderungen mit Sicherheit erreicht werden. Der Reichs-

verband der deutschen Industrie vertritt den Standpunkt, daß durch Beratung der Frage in den Sachverständigen- und zuständigen Körperschaften des Reichswirtschafts- und Reichskohlenrates Grundlagen für eine Ausgestaltung der Kohlenwirtschaft gefunden werden könne, die insbesondere für die deutsche Volkswirtschaft unerträglichen Kohlenmangel in kürzester Frist abzuheben geeignet sind.

## Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit.

Gegenüber Verichten von der bevorstehenden Abschaffung des Achtstundentages wird von zuständiger Stelle erklärt, daß im Reichsarbeitsministerium in der Tat eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Angestellten in Vorbereitung ist. Wöllig unzutreffend ist es aber, daß dabei beabsichtigt wäre, den Achtstundentag zu beseitigen. Uebrigens wird darauf verwiesen, daß der internationale Verband der Arbeit beim Völkerbund auf seiner ersten Hauptversammlung in Washington 1919 den Entwurf zu einem Uebereinkommen über die Einführung des Achtstundentages für gewerbliche Arbeiter beschlossen hat, und daß die Reichsregierung, da Deutschland Mitglied dieses Verbandes ist, verpflichtet ist, diesem Uebereinkommensentwurf der gesetzgebenden Körperschaft alsbald vorzulegen.

## Riesenkosten der Feind-Befahrung.

Unmöglichkeit der Etataufstellung.  
Der Reichsrat hatte zur Erstattung des Berichtes des Ausschusses über den Haushaltsplan des Reichsfinanzministeriums eine Vollziehung anberaumt, in der der Bericht erstatter sich äußern sollte, das Referat zu erstatten, weil in der Zwischenzeit bekannt geworden war, daß riesige Erhöhungen der Aufwendungen für die Befahrungstruppen erforderlich werden. Der Berichterstatter stellte infolgedessen die Anfrage an den Minister, welche Bewandnis es mit dieser Erhöhung habe und wie hoch sich nach Ansicht des Ministers der Gesamtaufwand stellen würde. Der von dem Reichsfinanzminister gegebenen Begründung ist u. a. zu entnehmen, daß bei der Aufstellung des Etats im Februar 1920 jede sichere Unterlage fehlte. Die Anfrage bei der Rheinlandkommission über die Stärke der Befahrung, über ihre Gebräuche an Geld, Verpflegung, Wohnung, Verbrauchsgegenständen usw. ist unbeantwortet geblieben. Der Marschall Foch hatte im Oktober 1919 auf eine Anfrage der deutschen Waffenstillstandskommission geantwortet, die deutsche Regierung habe keine Kontrolle zu üben über die Verwendung der angeforderten Marktvorschüsse, die ihr auf die Befahrungskosten gutgeschrieben würden. Der einzige Anhalt für die Aufstellung des Etats 1920 ergab sich für das Reichsfinanzministerium aus einer Erklärung des Vorsitzenden der Interalliierten Kommission, Herrn Loucheur, bei den Verhandlungen in Versailles im August 1919. Herr Loucheur hat damals auf die Feststellung des Staatssekretärs Dr. Wewald, daß im befestigten Gebiet

Kasernements für 70000 Mann vorhanden seien und auf seine Forderung, daß die Befahrungstruppen diese Zahl nicht überschreiten sollten, erwidert, die Zahl würde wohl um etwas höher sein. Das Reichsfinanzministerium mußte demgemäß annehmen, daß nur mit einer mäßigen Überschreitung dieser Ziffer zu rechnen sein würde. Es hat die Gesamtbefahrungskosten auf 80 000 Mann und, unter Zugrundelegung der für die deutschen Reichswehrsoldaten erwachsenden Kosten, die Kosten für den normalen Unterhalt der Befahrung auf 1,92 Milliarden Mark veranschlagt. Unter Zurechnung der Ausgaben für die Requisition ist das Reichsfinanzministerium auf Grund roher Schätzung auf den Etat eingestellten Betrag von drei Milliarden Mark gekommen. Die nur indirekt möglichen Feststellungen über die Befahrungskosten ergaben eine Ziffer von etwa 130 000 Mann. Die von den Befahrungsmächten geforderten Darahlungen für den

Unterhalt der Befahrungstruppen, erreichten Ende Dezember 1918 bis Ende August 1920 die Summe von 2 313 097 609 Mark, für die Lieferung von Verpflegung und Futtermitteln wurden bis zum gleichen Zeitpunkt etwa 110 000 000 Mark verausgabt. Außerdem ergab sich auf Grund der im September abgeschlossenen Erhebungen, daß die bis Ende März 1920 aufgelaufenen Quartier- und Requisitionsschuldungen auf einen Gesamtbetrag von über 5 Milliarden Mark veranschlagt werden mußten, der zum überwiegenden Teil erst im Rechnungsjahr 1920 zur Auszahlung kommt. Diese Beträge stellen aber nur einen Teil der tatsächlichen Kosten dar. Es steht noch aus der überwiegende Teil der von den Befahrungsmächten verausgalteten Beträge für Befahrung und Unterhalte der Truppen und für von ihnen unmittelbar bezahlte Requisitionen. Für die Schätzung der Höhe dieser Zahlungen ist das Reichsfinanzministerium, da es bisher keinerlei offizielle Aufklärung erhalten konnte, ausschließlich auf Zeitungsnachrichten angewiesen, für deren Zuverlässigkeit keine Gewähr gegeben ist. Der Bericht des französischen Abgeordneten Loucheur, den er im Namen der französischen Budgetkommission der französischen Kammer am 14. Juni 1920 erstattet hat und dessen authentischen Wortlaut wir uns erst vor kurzem beschaffen konnten, schätzt die Kosten der Befahrung bis 1. Mai 1920 auf 4 Milliarden Goldmark, was einem Betrage von

40 Milliarden Papiermark entspricht. Es ist nicht ersichtlich, ob Herr Loucheur hierbei lediglich die Kosten der französischen Befahrungsmarine oder die Gesamtkosten der Befahrung im Auge hatte. Geht man von letzterer Voraussetzung aus, so ergibt sich eine monatliche Ausgabe von 2,8 Milliarden, d. h. eine Jahresausgabe von

27,6 Milliarden Papiermark. Wenn wir demnach nur 15 Milliarden in den Etat eingelegt haben, so geschieht dies in der Erwartung, daß die ganze Befabungsfrage einer radikalen Änderung unterzogen wird.

## Der Berliner Zeitungsstreik.

Ausdehnung auf das technische Personal.  
Berlin, 7. Oktober.

Die seit einigen Tagen anhaltenden Zwifigkeiten im Zeitungsgewerbe haben gestern plötzlich eine unerwartete Verschärfung erfahren. Durch die Aussperrung des technischen Personals, also der Seher und Drucker in den großen Betrieben, ist eine Situation entstanden, deren Tragweite noch nicht abzusehen ist. Tatsächlich sind heute früh fast keine Zeitungen mehr erschienen und die hauptsächlichste Bevölkerung ist nicht in der Lage, sich über die Tages- und Weltereignisse zu unterrichten.

Den Auftakt zu der Kalamität gaben bekanntlich die der „Asa“, der „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ angehörenden kaufmännischen Angestellten. Sie verlangten eine Lohnerhöhung ab 1. Oktober und traten in den Ausstand, als sie nicht bewilligt wurde. Ihre Kollegen, die weniger radikal vorgehenden Organisationen angehören, erhoben ebenfalls den Anspruch auf Lohnerhöhung, arbeiteten aber weiter und ließen den Schlichtungsausschuß entscheiden. Dort kam ein Vergleich zustande, wonach sie ihre Forderungen bis zur Erledigung der Verhandlungen der Verleger mit den Buchdruckern über neue Tarifabmachungen, etwa bis Ende November dieses Jahres, zurückstellen.

Sie werden deshalb heftig von den „Asa“-Leuten angegriffen und in ihrer die Strafe getragenen Plakaten als „Gelbe“ und „Verräter“ bezeichnet. Mittwoch besaßte sich der Schlichtungsausschuß unter einem anderen Vorsitzenden auch mit den Ansprüchen der Streikenden und sprach ihnen — im Gegensatz zu dem Vergleichspruch zwei Tage früher — eine sofortige Lohnerhöhung von 15 % zu. Diesen letzten Schlichtungsbescheid erkannten die Verleger nicht an, wozu jeder der vor dem Ausschuß verhandelnden Teile das Recht hat.

Mittlerweile aber hatte sich eine andere Welle gezeigt. Das technische Personal gefährdete das Weitererzählen der Zeitungen. Die Seher verweigerten die Entgegennahme von Anzeigenmanuskripten, weil diese durch die Hand von Angestellten gegangen sein müßten, die sich dem Streik nicht angeschlossen hätten, oder damit andere Arbeiten verrichteten, als die gewöhnlichen. Es sei das indirekte Streikarbeit, welche die Buchdrucker nicht zu leisten gesonnen seien. Daraufhin entschloß sich die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger, das gesamte gewerbliche Personal, Seher, Drucker, Falzer, Fahrer usw., wegen Verweigerung „indirekter Streikarbeit“ vor die Frage zu stellen, ob sie ihre Arbeit vollständig verrichten wollten oder nicht. Da die Seher bei ihrer Weigerung bez. der Inzinate blieben, wurde das gesamte technische Personal entlassen resp. ausgesperrt.

So die Sachlage, die vorläufig das Erscheinen der Zeitungen unmöglich gemacht hat und von der man nicht sagen kann, ob sie eine noch größere Ausdehnung des augenblicklichen Kampffeldes im Gefolge haben wird.

Am Streik der Angestellten sind zirka 2400 männliche und weibliche Angestellte beteiligt. Von der Aussperrung sind etwa 5000 bis 6000 Arbeiter betroffen, die sich in der Hauptsache auf die Verbände der Buchdrucker, Buchdruckerhilfsarbeiter und Buchbinder verteilen.

## Beschluß des Betriebsrätekonferenzen.

Berlin, 7. Oktober.

Der zurzeit hier tagende Betriebsrätekonferenz besaßte sich auch mit dem Zeitungsstreik und nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Am Mittwoch abend haben die Unternehmer den Buchdruckern das Ansuchen gestellt, ihre Solidaritätserklärung für die streikenden Angestellten zurückzunehmen. Dieses Ansuchen ist rundweg abgelehnt worden. Daraufhin sind die Verlegenschaften entlassen worden und damit ist ein Kampf entbrannt, der große wirtschaftliche und politische Folgen haben kann. Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands muß den Arbeitern der Zeitungsbetriebe ihre Solidarität beweisen. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft darf nicht weiter herabgedrückt werden. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Sache im Zeitungsgewerbe die Sache der Arbeiterschaft ganz Deutschlands ist.“

## Die künftige preussische Polizei.

Allgemeine Verstaatlichung.

Zur Auflösung der Sicherheitspolizei und Umgestaltung der Polizei in Preußen wird von zuständiger Stelle weiter erklärt, daß die gesamte Polizei in Preußen verstaatlicht werden soll. Die Gliederung der geschlossenen Polizeiverbände ist je nach ihrer Stärke in Büge, Hundertschaften und Abteilungen vorgenommen. Führer eines Buges (30 bis 40 Beamte) ist ein Polizeileutnant; Führer einer Hundertschaft (etwa hundert Beamte) ist ein Polizeihauptmann; Führer einer Abteilung (bis zu 1000 Beamte) ein Polizeimajor. Nur in den größeren Städten sind darüber hinaus Gruppen gebildet. Die gesamten Polizeikräfte Berlins werden von einem dem Polizeipräsidenten unterstellten Kommando geleitet.

## Stärke und Verteilung auf die Provinzen.

Die Stärke der Polizeibeamten wird 85 000 Mann betragen. Außerdem sind in Preußen 9100 Landjäger (Gendarmen) vorhanden. Auf die Provinz Ostpreußen entfallen 8950 uniformierte Polizeibeamte, und zwar auf den Regierungsbezirk Königsberg 2000, Gumbinnen 1650, Marienwerder 1300, Allenstein 4000. Die Provinz Pommern wird 3000 Polizeibeamte haben; der Regierungsbezirk Stettin 1650, Stralsund 350, Köslin 1000. Auf die Provinz Niederschlesien entfallen 3630 Polizisten, und zwar auf den Regierungsbezirk Breslau 2390, Liegnitz 1240. Die Provinz Oberschlesien ist mit 2370 Polizisten bedacht, davon erhält das Abteilungsgebiet 2000, der Regierungsbezirk Oppeln 370. Der Regierungsbezirk Schneidemühl der früheren Provinz Posen wird 1800 Polizisten erhalten. Die Provinz Brandenburg ist mit 19 300 Polizisten eingestellt; davon entfallen allein auf den Stadtkreis Berlin einschließlich 750 Mann kommunale Polizei der Vororte 17 200, während der Regierungsbezirk Frankfurt a. D. 1640, Regierungsbezirk Potsdam 1060 erhält. In Schleswig-Holstein ist der Regierungsbezirk Schleswig mit 2400 Mann bedacht. Die Provinz Hannover erhält 2500 Polizisten. In Hessen-Nassau sind für den Regierungsbezirk Kassel 2260, im Regierungsbezirk Wiesbaden 1740, zusammen also 4000 Polizeibeamte vorgesehen. In der Provinz Westfalen erhält der Regierungsbezirk Münster 1440, Minden 320, Arnsherg 3350, zusammen 5110. Für den Regierungsbezirk

Düsseldorf sind 8890 Polizeibeamte vorgesehen. Die Provinz Sachsen erhält 8800, davon der Regierungsbezirk Merseburg 3915, Magdeburg 2170, Erfurt 2715.

Die hier genannten Biffern ergeben eine Zahl von 70 750, in der die Beamten der staatlichen Ortspolizeiverwaltungen mitgerechnet sind. Der Rest bis zur Zahl von 85 000 entfällt auf die uniformierten Polizeibeamten der Gemeinden.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Offener Krieg in der württembergischen U.S.P.D. Die Spaltung der Unabhängigen in Württemberg hat zwischen den bisherigen Freunden zum schärfsten offenen Kampf geführt. Die Moskauer Freunde, die für den Anschluß an die dritte Internationale eintraten und den alten Parteivorstand abgesetzt haben, haben das Landesorgan der württembergischen Unabhängigen, den „Sozialdemokraten“, für sich beschlagnahmt und die Redakteure, die nicht auf dem Boden der dritten Internationale stehen, beurlaubt. Der alte Parteivorstand der Unabhängigen gibt nunmehr ein eigenes Mitteilungsblatt heraus. In diesem wird mitgeteilt, daß die Gelder, die die Anhänger der dritten Internationale für ihre Berleungsarbeit erhalten hätten, von Moskau zur Verfügung gestellt worden seien.

Bisheriges Ergebnis der Waffenabgabe. In der Sitzung des parlamentarischen Beirats gab der Reichskommissar für die Entwaffnung, Dr. Peters, Auskunft über das bisherige Ergebnis der freiwilligen Waffenablieferung: In den zehn ersten Ablieferungstagen sind abgegeben worden: 122 000 Gewehre und Karabiner, 913 Maschinengewehre, 239 Maschinenpistolen, 17 Geschütze, 11 Minenwerfer, 13 Flammenwerfer, 3 660 000 Schuß Handwaffenmunition, 14 931 Hand- und Gewehrgranaten, 111 000 Handgranatenzünder und Sprengkapseln sowie eine sehr große Anzahl von Waffenteilen, darunter drei Geschützrohre, 76 Geschützverschlüsse, 151 Richtvorrichtungen, 3590 Maschinengewehrläufe, 4850 Maschinengewehrverschlüsse, 19 900 Gewehr- und Karabinerläufe, 19 300 Schließer.

Protestnote der Entente. Der Pariser Vorkonferenzrat beschloß, das Anhalten eines dänischen Dampfers am Ausgang des Nord-Dee-Kanals als eine Verletzung des Artikels 380 des Friedensvertrages zu betrachten. Dieser Artikel gewährleistet allen Mächten im Kriege wie im Frieden die freie Durchfahrt durch den Kanal. Der deutschen Regierung soll eine Note in dieser Angelegenheit überreicht werden. Hierzu wird von der Reichsregierung erklärt: Wie schon wiederholt mitgeteilt worden ist, sieht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß das im Artikel 380 des Friedensvertrages vorgesehene Recht der freien Durchfahrt durch den Kieler Kanal nicht ausschließt, daß beim Verkehr von Handelschiffen durch den Kanal die deutschen Neutralitätsvorschriften zur Anwendung gebracht werden.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat in Hannover getagt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Abgeordneter Stresemann hielt einen längeren Vortrag über die politische Lage. Nach einer weiteren Aussprache wurde der einmütige Beschluß gefaßt, sich der Kundgebung, die von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in Weimar zur politischen Lage gefaßt worden ist, anzuschließen. Hierauf folgte eine allgemeine Aussprache über Oberschlesien, in der eine Entschließung angenommen wurde, treu zu Oberschlesien zu halten. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf die preussische Landtagswahl, und es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß bald ein Preustentag der Deutschen Volkspartei zusammenzutreten soll, der den Aufruf für die Inangriffnahme der Wahlvorbereitung der Partei ist. Zu Beginn der Sitzung wurde an Hindenburg ein Begrüßungstelegramm gefandt, auf welches am Schluß der Sitzung von Hindenburg ein Danktelegramm einlief.

Ein neuer Vorstoß der Oberschlesischen Polen. Wie verlautet, ist in Paris eine Abordnung des polnischen Verteidigungsausschusses von Oberschlesien eingetroffen. Dieser Ausschuß wolle vom Völkerbund verlangen, daß der Vertrag von Versailles in einem wesentlichen Punkte abgeändert werde. Es soll nämlich den außerhalb Schlesiens wohnenden Oberschlesiern das Recht zur Teilnahme an der Volksabstimmung entzogen werden. Der „Temps“ sagt, es handle sich um 350 000 Oberschlesier.

## Schweiz.

Gegen die schwarze Schmach. Die Zürcher Frauenzentrale hat gemeinsam mit verschiedenen großen Frauenvereinigungen an das Sekretariat des Völkerbundes die Bitte gerichtet, der Sache des Frauen- und Jugendschutzes im allgemeinen eine vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken und insbesondere die von den deutschen Frauen geäußerten Klagen über die schwarzen Truppen in den besetzten Gebieten einer ernstlichen Prüfung zu unterziehen.

## Frankreich.

Moskau ist der Bürgerkrieg! Wie aus Orleans gemeldet wird, haben die Vertreter der Wänderheit nach Schluß des Gewerkschaftskongresses eine Sondertagung abgehalten und den Beschluß gefaßt, der Dritten Internationale beizutreten. Sie haben ferner ein revolutionär-syndikalistisches Aktionskomitee gebildet, das die Aufgabe hat, einen Stamm revolutionär Gesinnter heranzubilden, die revolutionären Ideen zu verbreiten und in allen Berufsgruppen die Hilfskräfte festzustellen, über die die Gesamtheit gegebenenfalls verfügen könne. Andererseits befristete der dritte Tag des Kongresses der C. G. T. in seinem Schlußvotum den Mißerfolg der Anhänger Moskaus. Der Hauptredner, der Sekretär des Syndikats der Metallarbeiter, Merrheim, verurteilte in seiner äußerst scharfen Rede das Regime Lenin und schloß damit, daß ein Anschluß an Moskau den Bürgerkrieg in Frankreich bedeuten würde.

## Italien.

Ein technisches Parlament für Arbeiterfragen. Wie verlautet, will der italienische Arbeitsminister Labriola einen Gesetzesentwurf wegen Umgestaltung des Obersten Arbeitsrates einbringen, der dem politischen Parlament ein technisches mit über 150 Mitgliedern zur Seite stellt, die aus Verhältniswahlen der Unternehmer und Arbeiter hervorgehen sollen; dies Arbeitsparlament soll nicht nur beratend, sondern auch gesetzgebend in allen Fragen der Arbeitsordnung und Arbeitsbedingungen wirken, alle Verfügungen über Arbeiterangelegenheiten erörtern und alle Fragen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern prüfen. Es soll in eine Abteilung für Handel und Industrie und in eine für Landwirtschaft zerfallen und einen ständigen Ausschuß für Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen und zur Ausarbeitung von Ausführungsbestimmungen zu Arbeitergelegen bilden.

## Türkei.

Rückzug der Franzosen aus Cilicien. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, sind die Franzosen im Begriff, Adana und Tarsus zu räumen und sich an die Küste zurückzuziehen, wo sie nunmehr Mesina als Stützpunkt beibehalten wollen. Dies würde die Wiederherstellung der türkischen Herrschaft im Innern Ciliciens bedeuten. Der Rückzug der Franzosen ist für die Armenier, die an den antitürkischen Aufständen teilgenommen haben, eine große Gefahr, da die Türken dann, wenn sie freies Spiel haben, voll ihre Rache nehmen dürften.

## Der Fall Eulenburg.

Berlin. Der Rechtsausschuß der preussischen Landesversammlung beschloß sich mit der Wiederaufnahme noch nicht zum Abschluß gelangter Strafprozesse. Auf Grund der Anregungen des Ausschusses sind namentlich über das Verfahren gegen den Fürsten Philipp zu Eulenburg neue Untersuchungen erfolgt; dabei hat sich herausgestellt, daß der Fürst seit Jahren immer wieder und zwar ganz unvermutet und von den verschiedensten Ärzten untersucht worden ist, die sich sämtlich dahin ausgesprochen, daß der Fürst an schwerer Arterienverkalkung und Herzkrankheit leide und zurzeit nicht verhandlungsfähig ist. Dasselbe hat sich übrigens bei Tausenden von anderen Leuten aus allen Ständen herausgestellt.

## Kärnten in Bedrängnis!

Magenfurt. Die Jugoslawen fahren fort, starke Truppenkontingente hart an der kärntner Grenze zu sammeln. In Kroan und Wibling sind starke Abteilungen Infanterie und Artillerie konzentriert. In ganz Jugoslawien und ganz besonders in Kroatien werden Aufrufe an die Bevölkerung veröffentlicht, sich freiwillig zu melden, um die Volksabstimmung unmöglich zu machen.

## Völkerbund und Verkehrsfragen.

London. Der Völkerbundsrat hat nunmehr Einladungen an seine Mitglieder und an Amerika für die erste Generalversammlung der allgemeinen Konferenz ergeben lassen, die am 20. Januar in Barcelona zusammenzutreten soll, um die Verkehrsfragen zu regeln. Die Tagesordnung umfaßt den Plan der Gründung eines ständigen Organismus sowie die Ausarbeitung allgemeiner Abkommen über das internationale Regime der Eisenbahnen, Schiffahrtslinien, der Häfen und des Durchgangsverkehrs.

## Revolution in Portugal.

Madrid. Nachrichten aus Portugal besagen, daß in allen Städten Portugals der Generalfreik erklärt worden sei. Nach einer anderen Meldung berichten Reisende aus Portugal, daß das Personal der Post- und Telegraphenverwaltung, die Eisenbahner, die eingeschriebenen Seelente, die Bergarbeiter und die Bäcker die Arbeit vollkommen niedergelegt haben. Nur auf einigen kleineren Orten haben die Eisenbahner ihren Posten noch nicht verlassen. Die portugiesische Regierung ist der Überzeugung, daß die ganze Bewegung einen revolutionären Charakter trägt.

## Der Papst und die Missionen.

Rom. Beim Empfange einer Abordnung der Missionsvereinigung der italienischen Geistlichkeit und der Missionen in den Diözesen hob der Papst hervor, er habe bereits in feierlicher Urkunde seinen Wunsch ausgedrückt, in jeder Diözese der katholischen Welt eine Missionsvereinigung errichtet zu sehen. Jede Stadt oder wenigstens jede Diözese solle sagen können, sie habe dem Evangelisationswerk einen Missionar gegeben und für sein Studium, seine Reisen und seinen Unterhalt gesorgt.

## Italiens Sozialisten für Rußland.

Triest. Die Versammlung der sozialistischen Fraktion stimmte einer Tagesordnung zu, in der die parlamentarische Gruppe der Sozialisten vorschlägt, im Parlament die freie Entwicklung des kommunistischen Rußland zu schätzen, daß sie die Solidarität versichert. Mit Bezug auf die Frage der Betriebskontrolle wurde der Vorstand der Gruppe beauftragt, im Einvernehmen mit der Parteileitung eine Studienkommission zu ernennen.

## Verschiedene Meldungen.

Berlin. Auf Beschluß des Börsenvorstandes fällt die Fondsbörse am Dienstag und Mittwoch nächster Woche aus, die Dividendenliste werden aber notiert. Der Brodtennenmarkt findet unverändert statt.

Stuttgart. Die Eisenmannevere müssen infolge Mangels an Aufträgen die Arbeit auf drei Tage in der Woche beschränken. Das Werk gehört zu den größten Stuttgarter Industriebetrieben.

Amsterdam. Hier beschloß das Amsterdamer Personal der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe von neuem sofort in den allgemeinen Ausstand zu treten. Der Beschluß wurde sofort in Kraft gesetzt.

Rom. Die nach Rußland gereiste italienische sozialistische Studienkommission gibt einen Bericht heraus, aus dem die unglaublichen Leiden des entrechteten russischen Volkes hervorgehen.

Stockholm. In Petersburg wurde eine Frontwoche zum Vsten der Roten Armee angeordnet zum Zwecke der Sammlung von Kleidern, Wäsche und Stiefeln.

## Welt- und Volkswirtschaft.

### Der Stand der Mark.

Die neuen Brantweinpreise. Die Bekanntmachung über die Übernahmepreise von Brantwein für das Vertriebsjahr 1920-21 werden nunmehr veröffentlicht. Der Brantweinpreis beträgt danach 600 Mk. für 100 Liter Weingeist. Die Zulassung für Brantwein, der innerhalb des Brennrechts hergestellt ist, betragen für Brantwein aus Wein 7400 Mark, aus Kirsch, Pfirsichen und Aprikosen 6400 Mark, aus Zwetschen, Pflaumen, Mirabellen, Schlehnen, Vogelbeeren, Holunderbeeren und Wacholderbeeren 4400 Mark, aus Himbeeren, Brombeeren, Heidelbeeren und Erdbeeren 3400 Mark und aus anderen im Gesetz über das Brantweinmonopol genannten Stoffen 2900 Mark pro 100 Liter Weingeist. Für Brantwein aus Getreide stellt sich der Zuschlag auf 188 Mark.

Die Zulassung von Motorbooten zum Verkehr, die in Preußen bei dem Regierungspräsidenten zu beantragen ist, hat neuerdings durch einen Erlaß des Handelsministers eine erhebliche Erleichterung erfahren. In den letzten Jahren durften Boote nur dann zugelassen werden, wenn hierfür ein „öffentliches Bedürfnis“ vorlag oder wenn der Verkehr „zur Aufrechterhaltung gewerblicher Betriebe erforderlich“ war. Nunmehr hat der Minister die zuständigen Dienststellen angewiesen, auch in anderen als den genannten Fällen die Zulassung auszusprechen, wenn ein erhebliches „wirtschaftliches Bedürfnis“ hierfür geltend gemacht werden kann. Die Frage einer weiteren Erleichterung unterliegt zurzeit einer Prüfung.

Massenündigung wegen Inrentabilität. Sämtliche Arbeiter und Angestellten der zum Konzern der Westdeutschen Eisenbahngesellschaften in Röhrt gebörenden Unternehmen

wurden zum 1. Januar 1921 gefündigt, weil der Betrieb wegen Unrentabilität nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte.

**\* Zwitter Absatz auf der Frankfurter Messe.** Auch der vierte Tag der Frankfurter Internationalen Messe war dieser günstig. Der Besuch war wieder sehr stark, die Kaufkraft unvermindert. Es ist festzustellen, daß die meisten Branchen an dem guten Geschäftsgang teilnehmen und einzelne Warengattungen des täglichen Bedarfs noch flotteren Absatz finden als andere.

**Wohnm. Wohnforderungen der Bergarbeiter.)** Eine Konferenz der vier der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Bergarbeiterverbände befaßte sich eingehend mit der Regelung der Lohnfrage im Bergbau. An den Reichsarbeitsminister Brauns wurde folgendes Telegramm gesandt: Konferenz der vier Bergarbeiterverbände erwartet im Hinblick auf die steigende Erregung in Bergarbeiterkreisen sofortige Regelung der Lohnfrage. Bedarfsartikel steigen dauernd im Preise. Lohnhöhung muß sofort erfolgen. Die vier Bergarbeiterverbände.

**London.** Verschärfung des Bergarbeiterkonflikts.) Der Bergarbeiterkonflikt hat sich von neuem verschärft. Die Konferenz der Bergarbeiter von Yorkshire hat beschloffen, ihren Mitgliedern anzuraten, gegen den Vorschlag der Grubenbesitzer zu stimmen. Infolge dieses Beschlusses ist kaum noch eine Mehrheit für den Vorschlag zur Lösung des Konflikts zu erwarten. Man erwartet in den nächsten Wochen eine große Spannung zwischen den Bergarbeitern.

## Nah und Fern.

**o Beihilfe des Reichs für Luftfahrtunternehmungen.** Für private Unternehmungen, die sich zur Unterhaltung eines regelmäßigen öffentlichen Luftverkehrs auf bestimmten Linien verpflichten, sind im Mai und August d. Js. 7 Millionen Mark aus Reichsmitteln bewilligt worden. Diese Beihilfe soll, wie es heißt, für das laufende Rechnungsjahr auf 12 Millionen Mark erhöht werden.

**o Das Eisene Kreuz in der Republik.** Wie verlautet, übersteigt die von der Republik nachträglich verliehene Zahl der Eisernen Kreuze die Zahl der Kreuze, die im Kriege verliehen worden sind. Dagegen sind andere Kriegsauszeichnungen nach der Revolution nicht mehr verliehen worden.

**o Zunahme der Eheschließungen.** Während in der Friedenszeit in Sachsen in jedem Halbjahr etwa 20 000 Ehen geschlossen wurden, hat die Zahl im ersten Halbjahr 1919 24 400, im zweiten Halbjahr 1919 34 600 und im ersten Halbjahr 1920 37 000 betragen. Es wird also trotz Wohnungsnot und Lebensmittelteuerung flott drauflos geheiratet.

**o Verhaftung einer Fabrikleitung.** Der erste Direktor der Chemischen Fabrik Budau in Magdeburg, Dr. Arnold, der Prokurist Otto Dupont und einige andere Angestellte des Unternehmens wurden von der Staatsanwaltschaft Berlin im Auftrag des Landespolizeiamtes verhaftet. Verschlagene wurden zahlreiche Bücher der Gesellschaft und bei den Angestellten Geldbeträge. Die Verhaftung hängt mit dem unerlaubten Verkauf von Erzeugnissen der Gesellschaft nach dem Auslande zusammen. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Ätast und Kalklauge, die ohne Ausfuhrschein in größeren Mengen nach Skandinavien und anderen Ländern verkauft worden sind.

**o Gruffschändung.** In der Familiengruft der Herrschaft Saador, Kreis Grünberg, haben Einbrecher den Sarg der Prinzessin Caroline zu Schönau-Carolath erbrochen. Ob Schmuckstücken gestohlen worden sind, ließ sich noch nicht feststellen.

**o Eine englische Spalte in einer deutschen Zeitung.** Die deutsche Zeitung „Bohemia“ in Prag veröffentlicht seit mehreren Wochen täglich eine Spalte englischen Textes mit Auszügen aus den wichtigsten Ereignissen im Lande, um die in der Tschechoslowakei weilenden Ausländer von deutscher Seite über die Verhältnisse aufzuklären.

**o Das Testament eines Philanthropen.** Im Testament des kürzlich in Newyork verstorbenen Millionärs Jakob Schiff werden 1 350 000 Dollar für wohltätige Zwecke ausgesetzt, davon 800 000 Dollar zur Erforschung der Taubheit und 260 000 Dollar, nach dem heutigen Stand der Valuta etwa 16 000 000 Mark, für das städtische Waisenhaus in Frankfurt a. M., das auch früher schon wiederholt von Schiff, der aus der alten Mainstadt stammte, bedacht worden war.

**o Auffindung eines neuen Kohlenflözes im Ruhrrevier.** Wie aus Söntrop berichtet wird, ist man auf der Grenzstraße zwischen Oberbaldhausen und Söntrop auf ein nur zwei Meter unter Tag liegendes Kohlenflöz von 1,20 Meter Mächtigkeit gestossen. Das Flöz liegt in einem Längsflöz zwischen den Grubenfeldern von Marianne und General.

**o Liebestragödie.** In der Nähe von Münster i. W. hat sich eine Liebestragödie abgespielt. Ein Gutbesitzer hat eine Barsdame, mit der er in der Nacht herausgefahren war, in der Nähe seines Besitzes erschossen und sich dann selbst getötet. Die Umstände lassen darauf schließen, daß die Tat nicht im Einvernehmen mit dem Mädchen geschehen ist, da dieses durch einen Schuß in den Rücken, also offenbar auf der Flucht, getötet worden ist. Der Täter hat sich darauf einen Schuß mit einem Jagdgewehr beigebracht, wodurch die eine Kopfhälfte weggerissen wurde.

**o Das gefürchte Erntefest.** Zu schweren Erntefesten kam es gelegentlich eines Erntefestes in Brink. Eine Anzahl Fritzer, es sollen gegen 40 gewesen sein, hatten sich beim Fest ansehend unbeliebt gemacht und wurden erjucht, das Lokal zu verlassen, leisteten dem aber nicht Folge. Schließlich kamen ihnen Kameraden zu Hilfe und nun gingen sie mit blanker Waffe auf die Bivollisten los. Verschiedene Personen wurden verletzt, einige schwer. Der Vorfall soll durch den hannoverschen Abg. Kriester im Parlament zur Sprache gebracht werden.

**o Wegen Waffenschmuggels verhaftet.** Der in Märk.-Friedland wohnende Arzt Dr. Vichtenfeld ist auf Veranlassung der Schneidemühlener Kriminalpolizei verhaftet worden unter dem Verdacht, Waffenschmuggel nach Polen betrieben zu haben. Dr. Vichtenfeld hatte durch eine Mittelsperson in Schneidemühl einen Chauffeur erworben, der angeblich elektrische Bedarfsartikel über die Grenze bringen sollte. Für jede Fahrt waren ihm 5000 Mark zugesichert. Die Polizei erhielt Kenntnis von diesen Waffenschmuggeln und schickte anstelle des Chauffeurs einen Kriminalbeamten in Lastauto nach Märk.-Friedland. Die Prüfung der Kisten mit den „elektrischen Bedarfsartikeln“ hatte ein überraschendes Ergebnis. Inhalt: 200 Gewehre, drei Maschinengewehre, Munition, Gewehrriemen, Leibriemen und anderes Lebewerk.

**o Große Unsicherheit in Hamburg.** In der Hamburger Bürgerstadt ist die große Unsicherheit in Hamburg zur Sprache gekommen. Ein Bürgerstadtsmitglied sagte, die Güterberaubungen im Freihafen nähmen so überhand, daß schon auswärtige Firmen sich geweigert hätten, dem Freihafen Güter anzuvertrauen. Der Polizeikommandant erklärte hierauf, daß alle diese Klagen leider zu Recht beständen. Es gehöre zu den Möglichkeiten, daß auf offener Straße am hellen Tage Raubüberfälle begangen werden. Es handelt sich dabei oft um straff organisierte Vandalen, bei denen das Auto als Raub- und Fluchtwerkzeug eine bedeutende Rolle spiele.

**o Grippe-Epidemie in Paris.** Bereits vor einigen Tagen brachten die Blätter die Mitteilung von dem Auftreten häufiger Grippe-Erkrankungen. Jetzt wird erklärt, daß die Grippe-Epidemie in Paris Tatsache ist.

## Aus Stadt und Land.

Werkblatt für den 9. Oktober.

Sonnenaufgang 6<sup>10</sup> // Mondaufgang 6<sup>05</sup> M.  
Sonnennuntergang 5<sup>10</sup> // Monduntergang 6<sup>07</sup> M.  
1874 Gründung des Westpostvereins. — 1914 Antwerpen wird von den Deutschen erobert.

### Wettervorhersage.

Südostwind, trocken, meist heiter, etwas wärmer.

Devisen-Kurs Prag vom 6. Oktober 1920:

G.: 42,65 — B.: 82,85

(Mitgeteilt von der Dresdner Bank Zweigstelle Schandau.)

**Nachnahmen und Postanweisungen bis 5000 Mark.** Nachnahmen sind jetzt durch die Änderung der Postordnung bis zu 5000 Mark zugelassen worden. Der eingezogene Betrag kann durch eine Postanweisung in dieser Höhe zurückgeschickt werden. Die Gebühr dafür beträgt soviel wie für einzelne Anweisungen zu je 1000 Mark. Gleichzeitig werden die Absender verpflichtet, nicht nur Nachnahmefaktoren, sondern auch jeder anderen Nachnahmeforderung eine Postanweisung oder Nachnahmezettel haltbar beizufügen. Die Post ist nicht verpflichtet, Sendungen mit einer größeren Nachnahme als 1000 Mark dem Empfänger ins Haus zu bringen.

**o Straßensperrung.** Von nächstem Dienstag an wird die Hindenburgstraße von der Stadtmühle bis zum Haus „Kritischthal“ wegen Pflasterung bez. Neubeschutterung für den Fahrverkehr gesperrt. (S. Bekanntmachung.)

**o Das neu errichtete Amt eines Bezirkschulrats für den Bezirk Schandau** ist am 1. Oktober von dem bisherigen Bezirkschulrat für Zwickau II, Dr. Jesch, übernommen worden. Die Geschäftsstelle befindet sich in Bad Schandau im „Deutschen Haus“, II. Stock, Zimmer Nr. 44 (Eingang Elbsseite). Die Geschäftszeit ist vorläufig Montag bis Freitag vormittags 8—1<sup>1/2</sup>, nachmittags 1<sup>1/2</sup>—5 Uhr, Sonnabend 8—1<sup>1/2</sup> Uhr. Der Telefonanschluß hat die Nr. 152.

**o Abstempelung tschecho-slowakischer Wertpapiere.** Das Finanzamt Sebnitz ersucht um Aufnahme folgender Notiz: Die Frist für die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen und die Abstempelung tschecho-slowakischer Wertpapiere ist bis zum 15. November d. J. verlängert worden. Die Eigentümer tschecho-slowakischer Wertpapiere müssen, wenn sie sich vor dem Verfall dieser Wertpapiere und ihrer Zins- und Erneuerungsscheine bewahren wollen, bis zu diesem Termine die bezeichneten Wertpapiere unter gleichzeitiger Ueberreichung einer eidesstattlichen Versicherung beim zuständigen Finanzamt vorlegen. Für die Amtsgerichtsbezirke Bad Schandau, Sebnitz und Neustadt ist es das Finanzamt Sebnitz. Dortselbst sind auch die Bordrucke für die eidesstattlichen Versicherungen zu erhalten.

**o Vor überfülltem Saale** sprach gestern abend in Hegenbarths Etablissement der bekannte Forschungsreisende W. Schwlegershausen vom Leipziger naturwissenschaftlichen Theater Urania. Unterstützt durch photographische Aufnahmen aus dem Weltall und gut ausgeführte Lichtbilder aus der Urweltzeit bis zur Eisperiode hielt er einen spannenden, wissenschaftlich hochwertigen Vortrag über das Thema „Wie entstanden Erde und Menschheit“. Ohne auf die religiösen Anschauungen der Anwesenden einwirken zu wollen, sprach der Redner in objektiv-wissenschaftlicher Weise an Hand der neuesten Forschungsergebnisse. Von ganz besonderem Werte waren auch die vereinzelt eingestreuten seiner eigenen Erlebnisse, denn ihm ist es vergönnt gewesen, alle fünf Erdteile zu bereisen und allgemein Interessierendes durch photographische Aufnahmen festzuhalten. Der Vorfall bewies, daß W. Schwlegershausen mit seinen Darlegungen den Anwesenden etwas Nachhaltiges geboten hatte.

**o Künstlerkonzerte.** Im Forsthauscafé und Restaurant veranstaltet die bisherige Hauskapelle morgen und Sonntag Künstlerkonzerte, die den Aufenthalt in den freundlichen Räumen angenehm gestalten.

**o Das sächsische Kreisturnfest 1921** soll ein Turn-, Spiel- und Sportfest werden und Männer-, Frauen-, Jugend- und Kinderturnen umfassen. Beim letzteren kommen selbstverständlich nur die Kinderabteilungen der Turnvereine aus der Feststadt in Frage. Sollte sich der sächsische Kreisturnrat und später die zuständige Gauturnwartversammlung für Leipzig entscheiden, so ist in erster Linie das Ausstellungsgelände der ehemaligen Bugra in Aussicht genommen. Die dort neu eingerichteten Turn- und Spielplätze hält man für ausreichend. Dazu ist das in Frage kommende Gelände durchgängig eingefriedigt. Gutem Vernehmen nach macht auch Dresden Anstrengungen, das Fest zu bekommen. Sachsens Turner werden diesem Vorhaben nicht entgegenstehen, zumal Dresden seit langen Jahren kein großes Turnfest in seinen Mauern aufgenommen hat.

**o Die Not der Presse, die alle Welt kennt, steigt** jetzt bis hinauf zu den Spitzen. Die „Leipziger Illustrierte Zeitung“, die führende illustrierte Zeitschrift Deutschlands, im Besitze einer der größten und reichsten Verlagsabteilungen, J. J. Weber-Leipzig, steht sich zu der Erklärung genötigt, daß sie vom 1. Oktober ab nur aller 14 Tage erscheinen kann. Bei möglichschem Weitererscheinen müßte der Bezugspreis um 100 Prozent erhöht werden. Die Zeitschrift kostet von jetzt ab vierteljährlich 30 Mark.

## o Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft

Birna nahm in der gestern unter Vorsitz des Amtshauptmanns v. Thümmel gehaltenen Sitzung Kenntnis von der Aufkündigung des zwischen dem Bezirksverbande Birna und dem Augenkrankenverein, Dresden, abgeschlossenen Vertrages wegen der Kur und Verpflegung mittelstweiser Augenkranker. Der Vertrag wird voraussichtlich unter Erhöhung der Sätze erneuert werden. Ueber die Verhandlungen zur Kartoffelpreissetzung berichtete Regierungsrat Dr. Muthron. Die mehrfach gepflogenen Besprechungen führten zu dem Ergebnis, daß die Landwirte sich bereit erklärten, bis Kartoffeln zu 20 M. den Zentner ab Hof abzugeben und außerdem pro Hektar 15 Zentner zu 15 M. den Zentner für Minderbemittelte. Die Landwirte haben hierzu erklärt, daß mit diesen Preisen die Herstellungskosten nicht gedeckt werden und von ihnen ein Opfer im Interesse der Bevölkerung gebracht wird. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß für die Beseitigung der Lösung der Kartoffelversorgung sehr schwierig ist, da die von den Reichsstellen getroffene Regelung nicht gerade glückselig sei. Die freie Wirtschaft sei durchbrochen durch die Vertragskündigung und der Handel ist augenblicklich nicht in der Lage, Kartoffeln heranzubringen. Gemeindefürsorge-Gründer Heidenau hob hervor, daß bei den Kartoffeln wieder dieselbe Erscheinung zu beobachten sei wie bei allen Waren, die aus der Zwangswirtschaft in den freien Handel überführt wurden. Mit der Preisentzug auf 20 M. sei ein Erfolg zu bezweifeln, selber gingen aber viele Landwirte auf die Abmachung nicht ein und forderten höhere Preise. Bürgermeister Dr. Steinbrück-Sebnitz schilderte die Lage der Kartoffelversorgung als trübselig und bat dringend, seiner Stadt wenigstens einen Teil Kartoffeln zuzuwenden, damit die Sorge der Unversorgten, wenn auch nur zu einem geringen Teil, behoben werden könne. Stadtrat Heide-Stolzen betonte, an Stelle der Aufhebung der Zwangswirtschaft müßte eine Verschärfung derselben kommen. Mittergutsächter Gliemann-Meufegatt wies die gegen die Landwirte erhobenen Vorwürfe zurück und legte die Verhältnisse dar, die dem Landwirte die Kartoffelversorgung ganz erheblich erschweren. Schuld an der gegenwärtigen Not sei, daß jetzt alles auf die hier erzeugten Kartoffeln angewiesen sei, da die Händler sich scheuten, teure Kartoffeln aus außerstädtischem Gebiet einzuführen, weil sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwere Schädigungen fürchten. Auch Gutsbesitzer Hanische-Wurthardt hob hervor, wie wenig zutreffend die gegen die Landwirtschaft erhobenen Beschuldigungen seien. Nach weiterer Aussprache wurde die Anregung, noch bis zu 100 000 Zentner Kartoffeln aus außerstädtischen Gebieten zu beziehen, von der Mehrheit abgelehnt. Der Amtshauptmann nahm hierauf Gelegenheit, zu dem in der Besprechung umgebenen Gerücht Stellung zu nehmen, der Kommunalverband nehme für jedes Pfund Fleisch 2 M. für sich. Er erklärte demgegenüber, daß der Kommunalverband überhaupt keine Gebühren für Fleisch erhebe, an dem ganzen Gewebe sei kein wahres Wort. Die Birner Fleischmehlfabrik kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr aufrecht erhalten werden, wenn nicht eine entsprechende Beihilfe gegeben wird. Man beschloß vorschlagsgemäß, dem Unternehmen 24 000 M. Beihilfe jährlich zu gewähren und die Ausbringung dieses Betrages nach der Kopfzahl umzulegen. Die Regelung soll zunächst bis 31. März 1922 gelten. Die Erörterungen über das Verberben von geschlachteten Kälbern in der Bad Schandauer Schlachthof haben ergeben, daß das Fleisch von neun Kälbern durch zu langes Aufbewahren in Verberben übergegangen ist, die Bezirksfleischstelle aber keine Schuld hieran trägt. Der in Frage kommende Fleischer wird die Hälfte des entstandenen Schadens tragen. Genehmigt bzw. befürwortet wurden u. a.: die Erhöhung des Gehalts für den Gemeindevorstand in Waltersdorf, die Einziehung der 50 Pfennig-Schulne, die Aufwandsentschädigung für den Gemeindevorstand in Mathen.

**o Die Hasenschnitzzeit hat ihr Ende erreicht** und die Jagd auf Meißler Lampe von neuem begonnen. Dem Vielgeplagten steht damit wieder eine monatelange Lebenszeit bevor. Die Stunden seines ungestörten Familienglückes, — in dessen praktischer Betätigung sich bekanntlich gerade Meißler Lampe besonders hervorzutun pflegt — sind nun wieder auf lange Zeit vorüber, ebenso unweiderwünscht vorüber, wie die ungestörten Diners und Soupers im jungen Rohr, obwohl letzterer jetzt erst anfängt, seinen richtigen Geschmack zu kriegen! Tagaus, tagein heißt es jetzt scharf auf der Hut sein vor der Schrotflinte des Jägers und vor dem aufstürzenden Suchen der Treiber, die es ganz niederträchtig verstehen, in jedes Hasenfamilienidyll Aufregung und Ueberstürzung hineinzubringen. Und wenn infolge dieser Ueberstürzung der arme Meißler Lampe dann beim Ausreifen grundsätzlich stets den verkehrten Weg nimmt, direkt in die Schußlinie des Jägers hinein, dann ist es ihm auch nur ein schwacher Trost, daß er nicht unter 60 Mark pro Stück auf den Wildbretmarkt gelangt.

**o Ansicht auf Verbilligung der Kartoffeln.** Aus dem Landeslebensmittelamt wird uns geschrieben: Den unausgesehenen Bemühungen des Landesprelsamtes ist es gelungen, in verschiedenen Teilen des Landes die Landwirte zu einer wesentlichen Herabsetzung der Preise der Kartoffeln zu veranlassen. Teilweise sind die Preise um 8 bis 10 Mark für den Zentner herabgesetzt worden. Augenblicklich ist das Landesprelsamt dabei, mit den verschiedenen Preisprüfungsstellen im ganzen Lande durch gemeinsame Besprechungen einen Ausgleich zwischen den noch über das normale Maß hinausgehenden Preisen zu finden. In diesen Konferenzen sollen auch die noch ausstehenden Bezirke zur Herabsetzung der Preise veranlaßt werden.

**o Kartoffelschwindler wieder an der Arbeit.** Genau wie im vorigen Jahre in der Kartoffelerntezeit macht sich auch jetzt wieder die Gilde der Kartoffelschwindler in Dresden unangenehm bemerkbar. Die hohen Preise, die bis in die letzten Tage für Kartoffeln angelegt werden mußten, läßt es leider manchem ratsam erscheinen, den Vorspiegelungen von Schwindlern, die behaupten, gegen Vorkauf sogleich Kartoffeln zu billigem Preise vermitteln zu können, Glauben schenken. Die Kriminalpolizei wartet vor diesen Gaunern.

**o Zur Berufung des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer** in die sächsische Gefandtschaft. Die deutschnationale Volkskammerfraktion hat folgende Anfrage eingebracht: „Ist die von der Presse gebrachte Nachricht, daß für den früheren Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer bei der sächsischen Gefandtschaft in Berlin eine neue Beamtenstelle begründet werden soll, richtig? Wie gedenkt die Regierung bei der Finanznot Sachsens gegenüber der Tatsache, daß nicht nur eben jetzt der Reichsfinanzminister, sondern in seiner Etat-Rede auch der sächsische Finanzminister energisch auf die unbedingte Notwendigkeit größter Sparsamkeit hingewiesen, und vor der Schaffung immer neuer Beamtenstellen gewarnt habe, diese Einrichtung einer neuen hohen Beamtenstelle zu rechtfertigen?“

**o Ein Kapitel zur Dienstbotennot** von heute bringt das soeben erschienene Dresdner Spätterbuch. Dort heißt es: „Brauchen Sie eine neue Stütze? Dann folgen Sie mir in ein Stützenvermittlungsbüro!“ Früher hieß es: Gesindervermittlung. Aber das ist nicht mehr „soin genug!“ — Also: Sie wollen, meine liebe Leserin, ein Hausmädchen mieten. Da saßen früher bei der Gesindervermittlerin 20 bis 20 Mädchen und Sie hatten die Wahl. Und wer Ihnen am besten gefiel, gute Zeugnisse hatte und Ihre Fragen

nach erlernten Fertigkeiten und Kenntnissen am besten beantwortet konnte, dem gaben Sie den Mietstaler und — am Ersten trat die Minna oder Anna oder Auguste an. Und heute? O du grandaltiger Himmel! Da sitzt eine einzige zur „Auswahl“ im Klubsaal des Vermittlungsbüros und richtet an Sie etwa folgende Fragen: Geben Sie monatlich 200 M. Gage? Bin ich von Sonnabend 5 Uhr bis Montag 8 Uhr dienstfrei? Haben Sie eine Scheuerfrau, ein Aufwasmädchen, einen Holz- und Kohlenschlepper? Putzen Sie die Fenster oder ich? Wieviel haben Sie Kinder? Wollen Sie mir die eidesstattliche Versicherung abgeben, daß keine weiteren Kinder im Anzuge sind, auch nicht bestellt werden? Ist Ihr Vatte hübsch? Haben Sie Beziehungen zum Lande? Wieviel Wirtschaftsgeld verbrauchen Sie? Welche Summe von Trinkgelbern garantieren Sie monatlich? Kann ich Montags meine Freundinnen zum Tee bei mir empfangen und Mittwochs meinen „Kuffing“? Wird mir hierfür Ihr „Damenalon“ zur Verfügung gestellt? Kann ich im Speisezimmer die neuesten Tänze üben? — Nicht wahr? Der Unglückschweiß tritt Ihnen auf die Stirn. Und wenn Sie dann alles eingeräumt und 100 M. als „Anzahlung“ berappt haben, dann warten

Sie am nächsten Ersten immer noch vergeblich auf die „Stilbe“, denn die hat inzwischen eine „Position“ angenommen, in der sie 300 M. „Gage“ erhält und zweimal in der Woche im „Salong“ Hiawatha üben kann.

**Königsstein.** Ein Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag an der hiesigen Festungsstraße. Eine hiesige ältere Frau wurde von einem im schnellsten Tempo die Straße hinabfahrenden Radfahrer umgerissen und trug erhebliche Verletzungen im Gesicht und am Körper davon. Sie mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Radfahrer fuhr unerkannt davon.

**Dresden.** In der Nacht zum 7. Oktober ist aus einem Pelzgeschäft in der Landhausstraße mittels Einbruchs ein brauner Zobelhamsterpelzmantel mit großem braunen Fuchskragen und goldfarbener geblumter Seidenfutter im Werte von 12 000 Mark gestohlen worden. Der Pelzmantel hatte an den Seiten offene Lagen, die mit heller und dunkelbrauner Seide abgefüttert waren. Der Bestohlene gibt für Wiederherbeschaffung des Pelzmantels eine hohe Belohnung.

**Dresden.** Auf dem Gebiete des Films hatte Dresden gestern eine Sensation. Die Kammerlichtspiele hatten zur Aufführung des ersten Karl-May-Films eingeladen und da-

mit nicht nur die Kreise angelockt, die für den vor wenigen Jahren in Radebeul bei Dresden verstorbenen meistgelesenen deutschen Reiseschriftsteller Karl May schon immer Interesse bekundet hatten, sondern auch die Vertreter des künstlerischen Dresdens, darunter Sänger, Schauspieler, Maler und Schriftsteller von Ruf. Der zur Aufführung gelangende Film „Auf den Trümmern des Paradieses“ sollte im Orient gekurbelt werden. Unter den heutigen Verhältnissen aber mußte man sich mit einer anderen Szenerie behelfen, die man zum Teil in den Steinbrüchen der Sächsischen Schweiz in der Nähe von Neundorf fand. Die Uraufführung fand den einhelligen Beifall der geladenen Gäste.

**Leipzig.** Die gestrigen Massenkundgebungen der hiesigen Arbeiterschaft gegen den Lebensmittelwucher nahmen einen ruhigen Verlauf. Die Arbeiterschaft hatte bereits mittags die Arbeit niedergelegt. Die Redner in den Versammlungen beschäftigten sich vorwiegend mit den hohen Kartoffelpreisen. Es wurde eine scharfe Entschärfung angenommen, in der u. a. von der Reichsregierung Abkehr vom Kurs des freien Handels und bis dahin sofortige Festsetzung eines mäßigen Höchstpreises für Kartoffeln und Fleisch gefordert wurde.

## Tuberkulose-Fürsorge.

Sprechstunde: Städt. Krankenhaus, 9. 10., nachm. 4—5.

### Amtlicher Teil.

Auf Blatt 1 des Handelsregisters für den Bezirk des Amtsgerichts Bad Schandau, die Firma G. F. Haffe in Bad Schandau betr., ist heute eingetragen worden:

Der Kaufmann Georg Paul Ripper ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

Amtsgericht Bad Schandau, den 6. Oktober 1920.

## Straßensperrung betr.

Wegen Pflasterung, beziehentlich Neubeschotterung der Hindenburgstrasse von der Stadtmühle bis zum Anfang der Staatsstraße bei dem Hause „Kirnitzschtal“ wird der Fahrverkehr auf diesem Straßenteile von nächstem **Dienstag**, dem 12. ds. Mts., ab Beschränkungen unterworfen und, soweit nötig, über die Brücke bei dem Hause „Sagonia“ und die Bad-Allee verwehrt. Doch ist der Transport von Lang- und Klüßerholz auf der Bad-Allee nicht gestattet. Im übrigen darf das Höchstgewicht der die Bad-Allee befahrenden Fuhrwerke, das Gewicht des Wagens mit eingerechnet, nicht mehr als 50 (fünfzig) Zentner, die Breite der Ladung, beziehungsweise der Wagen aber nicht mehr als 1,5 Meter betragen.

Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften werden unmissverständlich mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe tritt, gehandelt werden.

Bad Schandau, am 8. Oktober 1920.

Der Stadtrat.

## Minderbemittelte können Bestellungen auf neues Schuhwerk

bis zum 12. ds. Mts. hier aufgeben.

Bad Schandau, den 8. Oktober 1920.

Der Stadtrat.

## Preise f. Gemüse, Obst u. Wurst

Der bei der Amtshauptmannschaft zusammengetretene Ausschuss aus Erzeugern, Händlern und Verbrauchern hat für die Woche vom 9. bis 15. Oktober 1920 folgende Preise festgesetzt:

beim Verkauf an Wiederverkäufer: an Verbraucher:

Rohrabi (bis mit 4 Blatt.) 1 Pfd. 30 Pf., 40 Pf.,

Gärtnerkarotten und

Gärtnermöhren

(ohne Kraut) 1 „ 30 „ 40 „

Feldmöhren ( „ „ ) 1 „ 25 „ 35 „

Weißkraut 1 „ — „ 85 „

Wirsing (Welschkohl) 1 „ — „ 65 „

Rothkraut 1 „ — „ 45 „

Zwiebels 1 „ — „ 100 „

Tomaten [1 „ 60 „ 80 „

Spinat 1 „ 50 „ 65 „

Kürbis 1 „ 15 „ 20 „

Tafelbirnen 1 „ 55 „ 70 „

Edelbirnen (ausgel., flecken-

frei, baumreife, gr. Füllchte) 1 „ 90 „ 110 „

Falläpfel und gering-

wertige Äpfel 1 „ 20 „ 30 „

Tafeläpfel

(ausgereifte, vollw. Ware) 1 „ 65 „ 80 „

Edeläpfel (ausgel., flecken-

frei, baumreife, gr. Füllchte) 1 „ 90 „ 110 „

Leberwurst 1 „ — „ 18,— M.

Blutwurst } gute, 1 „ — „ 18,— „

Anderer bef. } einwandfreie 1 „ — „ 20,— „

Wurst, ins- } Ware

bes. Mettwst. } 1 „ — „ 20,— „

Die Kleinhandelspreise verstehen sich für Waren ohne

Etiken oder Verpackung.

Daneben bleiben die örtlichen Preisprüfstellen be-

rechtigt, ihre Preise in Anlehnung an vorstehende Festsetzung

unter Berücksichtigung ihrer besonderen örtlichen Verhält-

nisse zu regeln.

Bei Überschreitung der Preise ist nach Befinden Be-

strafung, außerdem Beschlagnahme der Waren und Verkauf

nach den festgesetzten Preisen durch die Stadt- oder Ge-

meindebehörde zu gewärtigen.

Die Preise werden in der gleichen Weise für jede Woche

ab Sonnabend neu festgesetzt werden.

Pirna, den 6. Oktober 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

## Forsthaus-Café und Restaurant, Bad Schandau.

Sonnabend und Sonntag verankaltet  
die bisherige Hauskapelle  
nachmittags u. abends

## Künstler - Konzerte.

ff. Kaffee und Kuchen.

Diverse Speisen und Getränke. :: ff. Weine und Biere.

Es laden freundlichst ein W. Hübel. E. Rossmann.

## Rathmannsdorfer Höhe.

Sonnabend, den 9. Oktober, abends 7 Uhr,  
und Sonntag, den 10. Oktober, nachm. 4 Uhr:

## Oeffentliche feine BALLMUSIK.

Sonnabend:

## Strohhut-Ball

ausgeführt von einer berühmten  
Dresdner neuen Kapelle.

Sonntag nachmittag:

## Quarkäulchen - Schmaus

Für ff. Kaffee und Kuchen, gut gepflegte Weine  
und Biere, sowie ff. kalte und warme Speisen  
ist bestens gesorgt.

Es laden freundlichst ein Alfred Davidsohn u. Frau.

## Gasthof „Forsthaus“, Kirnitzschtal

empfiehlt

zur Kirmes

Sonntag u. Montag

## ff. Kaffee u. selbstgebackenen Kuchen, gute Biere und Weine.

Gleichzeitig empfehle ich meine freundlichen

## Fremdenzimmer mit u. ohne Verpflegung

## Restauration zum „Heiteren Blick“, Altendorf.

Sonntag, den 10., und

Montag, d. 11. Oktober:

## Kirdweihfest und Kirmes-Feier.

ff. Speisen nach Karte,  
gute Getränke, Biere u. Weine,  
sowie selbstgebackenen Kirmeskuchen  
und den bekannten guten Kaffee.

Hierzu laden freundlichst ein Paul Ehsold und Frau.

## Josef Fiedtl Dresden-A., Schloßstr. 23.

Fernsprecher 28015.

## Aeltestes und einziges Spezialgeschäft für Lodenbekleidung.

Sie finden bei mir eine reichhalt. Auswahl  
zu zeitgemässen niedrigen Preisen in

Mänteln, Pelerinen, Anzügen, Joppen,  
Hosen, Hüten, Mützen, Gamaschen,  
Damenkostümen, -röcken, Breeches-  
hosen, Dirndlkleidern usw. :: :: ::

Besichtigung, ohne jeden Kaufzwang.

## Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. u. A.) Ortsverband

Wittwoch, den 13. Okt., abends 8 Uhr, im Hotel „Lindenhof“:

## Oeffentl. Vortrag für Angestellte

des Gewerkschaftsbeamten Herrn Stelzer, Dresden, über

„Zeit- und Streitfragen“.

Alle kaufmännischen, technischen und Büro-Angestellten werden hierdurch

zum Besuche d. Vortrages eingeladen und um zahlr. Erscheinen gebeten.



M. G. B.  
Lieder-  
kranz.

Sonnabend,  
den 9. Okt.,  
8 Uhr abds.:

## Generalversammlung

im Lindenhof. Das vollzählige

Erscheinen aller aktiven u. passiven

Mitglieder bringend erw. D. S.

## Jugend-Verein Bad Schandau.

Morgen Sonnabend,

abends 8 Uhr, in

Schneiders Restaurant:

## Ausser- ordentliche Haupt- Versammlung

Wichtige Tagesordnung. Zahlr.

Erscheinen erb. der Gesamtvorft.

## Margarine

habe ich häufig ein großes

Lager erstklass. Fabriken.

Der Kleinverkaufspreis ist z. Zt. das Pfund M. 12.75.

Abgabe an Wiederverkäufer, Bäcker usw. in

Orig.-Packungen zu 10, 20, 30, 50 u. 100 Pfd.

zu den jeweilig bestehenden Fabrikpreisen.

Ferner empfehle ich:

## Pa. amerik. reines Schweineschmalz

Pfund 20.— M.

## pa. Speckfett mit Grieben, täglich frisch ausgelassen,

Pfund 21.— M.

## pa. Kokosfett Pfund 15 M. pa. Rindertalg

Pfund 17.— M.

(von 5 Pfund ab entsprechend niedriger.)

Reichliche Eindeckung dürfte zu empfehlen sein, da Preise steigen.

Wenzel Haase, Bad Schandau.

## Jung. Mädchen

für Billenhaushalt sofort nach Berlin

gesucht.

Näheres bei Friseur Reinstein, Bad Schandau.

Eisernen großen Kessel,  
Ofen,  
Nähmaschine (Ampel)  
verkauft  
Apothek Bad Schandau.

Grammophonplatten,  
neuerer Aufnahmen, eingetroffen  
u. empfehle zu festgesetzten Preisen  
Fritz Kohlschütter,  
Bad Schandau, Poststraße 35.

Tüchtiges Mädchen  
für Fleischerei, 20—22 Jahre  
alt, das sich zum Verkauf ein-  
richtet, bei hohem Lohn u. Dresden  
gesucht.

Zu melden bei  
Kopprasch, Bad Schandau.

## Ferkel

sind billig zu verkaufen.

Wendischfähre Nr. 8

## Kirchliche Nachrichten.

Parochie Bad Schandau.

Am 10. Trinitatissonntage, den 10. Oktober, 9 Uhr Gottesdienst

mit Predigt über Joh. 9, 1—8: Pastor Giebner.

Jungfrauenverein abends 1/2 8 Uhr im Giesstum (Rollenspiel).

Parochie Stützhain.

Sonntag und Montag zum Kirdweihfest 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Kollekte für das Kirchengemeindevermögen.

Parochie Porsdorf.

Sonntag vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst, nachm. 2 Uhr Kinder-

gottesdienst, nachmittags 1/2 4 Uhr Jungfrauenverein, abends 8 Uhr

Sänglingsverein.

Parochie Königsstein.

Sonntag vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahlsfeier:

Pfarrer Hoyer. Das Wochenamt hat derselbe.

Mittwoch abends 8 Uhr Christlicher Verein junger Männer und

Sänglinge.